

**Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung
Landesverband Niedersachsen**


Dr. Moritz Peter Haarmann
Landesvorsitzender
moritz.haarmann@dvpb-nds.de

DVPB e.V.
Landesverband Niedersachsen
Callinstr. 22
30167 Hannover

DVPB Niedersachsen – Callinstr. 22 – 30167 Hannover

Hannover, 12. Januar 2026

Stellungnahme des niedersächsischen Landesverbandes der DVPB zur geplanten Reform der gymnasialen Oberstufe

Politische Bildung in Niedersachsen nur noch als Wahlangebot? – Die DVPB sagt: Nein!

Der niedersächsische Landesverband der DVPB bekräftigt seinen Protest gegen das Vorhaben des Kultusministeriums, Politische Bildung zum Wahlfach zu degradieren.

Die vorliegenden Planungen der Landesregierung sehen vor, die Politische Bildung im gymnasialen Bildungsgang erheblich zurückzufahren. Auf dem Weg zum Abitur soll dieses Fach künftig nur noch eine Option unter vielen sein. Ein derartiger Bedeutungsverlust Politischer Bildung wäre gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Bedrohungslage demokratischer Wertehaltungen ein verantwortungsloser Einschnitt.

Lernende an Gesamtschulen hätten weder in der Sekundarstufe I noch in der Oberstufe verbindliche fachbezogene Politische Bildung mehr. Aber auch Gymnasialschülerinnen und -schüler würden auf diese Weise auf ein Minimalprogramm in den Jahrgängen 8-10 verwiesen.

Ausgerechnet in Zeiten multipler politischer Krisen stellt das Kultusministerium das Leitbild einer professionellen Begleitung und Förderung der mündigen demokratischen Teilhabe bis zum Abitur zur Disposition. Durch die geplante Reform würden aber elementare Bestandteile des schulischen Bildungsauftrages preisgegeben:

- Politische Bildung ist kein fakultatives Zusatzangebot, sondern verfassungsrechtlich sowie demokratiepädagogisch geboten. Politische Bildung ist aus gutem Grund Kern des schulischen Bildungsauftrags (NSchG §2)!

Landesvorstand DVPB Niedersachsen

Dr. Moritz Peter
Haarmann
(Landesvorsitzender)

Theresa Bechtel
(zweite Landesvorsitzende)

Michael Nagel
(zweiter Landesvorsitzender)

Mirko Truscelli
(Geschäftsführer)

Felix Troschier
(Schatzmeister)

**Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung
Landesverband Niedersachsen**

- Lehrkräfte des Faches Politik-Wirtschaft teilen in großer Zahl die Sorge, dass die geplanten Änderungen in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zu einer gravierenden Schwächung Politischer Bildung führen.
- Die Förderung politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Urteilskraft junger Menschen ist eine zentrale Aufgabe nicht nur der Sek I und darf nicht von schulorganisatorischen Spielräumen abhängig gemacht werden. Lernende haben ein Recht auf Politische Bildung.

Wir fordern daher erneut und mit Nachdruck:

Das Fach *Politik-Wirtschaft* muss sowohl in der Einführungsphase als auch in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe und mit einem ausreichendem Stundenumfang als Pflichtfach verankert bleiben. Nur so kann das Land Niedersachsen seiner Verantwortung zur Stärkung demokratischer Mündigkeit, politischer Urteilsfähigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und zur Förderung demokratischer Resilienz junger Menschen gerecht werden.

Als Interessenvertretung der Politischen Bildung in Niedersachsen verweisen wir mit Nachdruck auf unsere am 21. Juli 2025 veröffentlichte Stellungnahme zum maßgeblichen Eckpunktepapier zur Reform der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe.

Der niedersächsische Landesverband der DVPB fordert das Kultusministerium auf, die Rückmeldungen aus der schulischen Praxis ernst zu nehmen und im weiteren Reformprozess sicherzustellen, dass diese Forderungen wirksam berücksichtigt werden. Als Fundament unserer demokratischen Gesellschaft darf Politische Bildung nicht zu einer Randerscheinung an niedersächsischen Gymnasien degradiert werden!